

Umbrüche und Aufbrüche – Gesellschaftlicher Wandel und Zusammenhalt

Unser Zusammenleben und friedliches Miteinander fußt auf einem Konsens gemeinsamer Werte, der in unserem Grundgesetz Ausdruck gefunden hat. Aber dieser Konsens ist mehr. In ihm ruhen eine Verbundenheit und ein Miteinander, die unser Land lebenswert machen. Ein Vertrauen in Rechtsstaat, Institutionen und Regeln, ohne die unsere Demokratie nicht funktionieren kann. Vertrauen, Verbundenheit, Miteinander und Zugehörigkeit – sie halten unsere Gesellschaft im Inneren zusammen. Sie machen aus vielen Einzelnen ein Ganzes.

Viele von uns eint die Sorge, dass dieser Zusammenhalt mehr und mehr erodiert und in jüngster Zeit zunehmend weiter unter Druck gerät. Durch eine anscheinend unversöhnliche Debattenkultur im Netz, wo ein „Wir“ häufig zu einem „Wir gegen Die“ verkommt.

In der Familienchatgruppe, in die plötzlich ungefiltert Desinformationsvideos zur Corona-Pandemie geschickt werden. Durch Drohungen, Hass, Hetze und schließlich auch mehr und mehr gewalttätige Übergriffe gegen Rettungskräfte oder gegen Kommunalpolitiker*innen. Wenn das Kulturcafé schließen musste, weil die Miete zu hoch wurde.

Rechtsextremistische und rassistische Gewalt in Deutschland ist in erschreckender Weise Alltag. Die demokratische Brandmauer gegen Rechtsextremismus ist mancherorts fragil geworden. Eine demokratische Gesellschaft darf nicht hinnehmen, dass Menschen unter ständiger Bedrohung leben müssen, weil sie wegen ihrer Herkunft, ihrer sozialen Stellung, ihrer Religion, ihrem Aussehen, ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Identität angefeindet werden. Nur eine Gesellschaft, die Vielfalt lebt und anerkennt ist wirklich lebenswert.

Wir erleben eine Zeit großer Umbrüche. Wir haben in den vergangenen Jahren eine Pandemie durchlitten, sahen den brutalen, völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Sehen weiterhin russische Raketen auf ukrainische Städte, Infrastruktur und Wohnhäuser fliegen. Und wir erleben immer wieder deutliche Anzeichen, wie dramatisch die Auswirkungen der Klimakrise sind und sein werden. Krisen und Herausforderungen, die wir nur gemeinsam beantworten können.

Die demokratischen Staaten haben in ihrer Solidarität und Unterstützung der Ukraine zu einer lange nicht mehr gekannten Einigkeit gefunden. Alle, die in Deutschland Freiheit, Selbstbestimmung und den Anspruch auf ein Leben in Würde

im Herzen tragen, wissen, dass diese Werte in der Ukraine für alle verteidigt werden. Zusammenhalt hat geholfen, die vielen geflüchteten Menschen aus der Ukraine auch hier bei uns aufzunehmen. Wir sehen die vielen privaten Initiativen, die Geflüchtetencafés organisieren, Wohnungen einrichten und Kinderbücher ins Ukrainische übersetzen. Und wir können dieses bürgerschaftliche Engagement so vieler Menschen vor Ort nicht genug wertschätzen.

Mit Entlastungsmaßnahmen haben wir sozialen Ausgleich geschaffen, um für alle Menschen die Auswirkungen des Krieges und die damit verbundene Energiekrise in unserem Land abzumildern. Zusammenhalt hat uns durch diesen Winter ohne Gas aus Russland getragen, dank erheblicher Energieeinsparungen durch Bürger*innen und Industrie und der Arbeit an der Versorgungssicherheit. Mit der Unterstützung beispielsweise bei der Finanzierung von Nahrungsmitteln haben wir auch international solidarisch gehandelt. Es bleibt eine Kernaufgabe politischen Handelns, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und soziale Spaltung zu überwinden, um unser Land auch in Zukunft lebenswert zu gestalten.

Zusammenhalt wächst mit Sicherheit. Ohne Vertrauen funktioniert Demokratie nicht: Vertrauen ins Gegenüber, dass Grundwerte geteilt und geschützt werden, Vertrauen in den demokratischen Prozess und in den Rechtsstaat, Vertrauen in die Institutionen des Staates und seine Fähigkeit, Krisen zu bewältigen. Zusammenhalt heißt nicht Uniformität. Denn Demokratie bedeutet Vielfalt der Perspektiven und Erfahrungen. Perspektiven von Menschen in der Mitte des Lebens, von jungen und älteren Menschen. Von Menschen, die in Ost und West geboren wurden, und von Menschen, die erst vor kurzem zu uns gekommen sind. Vielfalt bedeutet Meinungsstreit, Diskurs und Dialog, die gemeinsame Suche nach dem besten Weg und das ständige Abwägen von Alternativen. Eine solche freie Meinungsbildung funktioniert freilich nur mit der Kraft des Arguments. Durch Manipulation, Desinformation, Lüge oder Verhetzung entsteht keine einzige konstruktive Lösung, es vertiefen sich Spaltungen. Wer mit dem Populismus spielt, füttert die Feinde der Demokratie. Und die sind unersättlich.

Eine freie Gesellschaft muss Ängste abschütteln, Umbrüche und Herausforderungen als Ansporn nehmen, sich jetzt erst recht weiter zu demokratisieren und zu modernisieren, soziale Schieflagen, Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen entgegenzuwirken und Teilhabe und Integration zu verbessern. Eine freiheitliche und moderne Gesellschaftspolitik muss ein solches Miteinander aktiv und attraktiv gestalten. Es geht um Individualität, Vielfalt und Gemeinsinn als Kern einer pluralen Gesellschaft, in der Menschen aufeinander achten. Es geht um Teilhabe, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich und gleichwertige Lebensverhältnisse – und um nichts weniger als den Schutz der Menschenwürde und Freiheit jeder und jedes Einzelnen.

FÜR EINEN GEMEINSAMEN AUFBRUCH IN ZEITEN VON UMBRÜCHEN WOLLEN WIR:

- **Gute Lebensbedingungen in Stadt und Land, mit Orten der Begegnung und Kultur, ermöglicht von starken Kommunen.**

Unser Land ist vielfältig und lebenswert – in der Millionenmetropole genauso wie in der Kleinstadt, in den Bergen oder im Dorf an der Küste. Wir wollen diese Vielfalt erhalten und stärken. Vielerorts sind aber Schwimmbäder baufällig oder können Bibliotheken wegen Geld- oder Personalmangels ihr Angebot nur eingeschränkt aufrechterhalten. Sport und Kultur wollen wir durch vereinfachte Investitions- und Sanierungsprogramme stärken und die Förderung an der Strukturschwäche ausrichten. Darüber hinaus braucht es **Orte der Begegnung**, wo Menschen zwanglos miteinander ins Gespräch kommen. Hier können Gemeinschaft erwachsen und neue Ideen entstehen.

Menschen vor Ort wissen am besten, was es für gutes Leben braucht. Deshalb brauchen wir kommunale Innovations- und Investitionskraft. Wir brauchen eine **neue Förderlogik: bottom-up statt top-down**. Mit Regionalbudgets und einfacheren Förderstrukturen wollen wir mehr Gestaltungsspielraum geben. Unsere Förderpolitik ist langfristig und hat die Daseinsvorsorge ebenso im Blick, wie technische und soziale Innovationen und personelle Ausstattung. Für eine funktionierende Daseinsvorsorge braucht es eine solide Finanzausstattung. Hier sind Bund und Länder gefordert.

Um starke und innovative Städte und Gemeinden zu erhalten, wollen wir hochverschuldete Kommunen bei ihren **Altschulden entlasten und in Ostdeutschland die finanzielle Situation der alten kommunalen Wohnungsgenossenschaften verbessern**. Wir unterstützen Initiativen in ländlichen Räumen, die Angebote der Nahversorgung, der Kultur, Bildung und Gesundheitsdienstleistungen bündeln und so Ortskerne wiederbeleben.

Bundeseinrichtungen dienen oft **als Anker in strukturell schwächeren Regionen**. Ihre Ansiedlung bedarf daher objektiver Kriterien, um eine ausgewogene regionale Verteilung zu erreichen. Die Ansiedlung neuer Bundes- und vom Bund geförderter außeruniversitärer Forschungseinrichtungen prioritär in Ostdeutschland und anderen strukturschwachen Regionen wollen wir besonders unterstützen. Auch Ausgründung und Unternehmensansiedlung aus Forschungseinrichtungen gilt es für regionale Wertschöpfungsketten zu stärken.

- **Allen Kindern gute Chancen beim Start ins Leben ermöglichen. Mit der Kindergrundsicherung bekämpfen wir Kinder- und Jugendarmut und der massive Ausbau bedarfsgerechter Kindertagesbetreuung unterstützt Familien.**

Geborgenheit und soziale Sicherheit, Teilhabe und faire Chancen für alle Kinder – in unserem reichen Land sollten das Selbstverständlichkeiten sein. Dennoch wächst jedes fünfte Kind in Armut auf. Sie müssen im Alltag auf vieles verzichten, was für

andere Kinder normal ist, vor allem aber prägt diese Armut den weiteren Lebensweg. Ein zuverlässiger Schutz vor Kinderarmut sichert gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Zukunft.

Wir werden **mit der Kindergrundsicherung materielle Sicherheit, tatsächliche Chancen und Teilhabe garantieren**. Zwei Bausteine statt einer Vielzahl von Leistungen: Garantiebetrug und Zusatzbetrag. Der Garantiebetrug ist für alle Kinder und Jugendliche gleich hoch. Der Zusatzbetrag ist abhängig vom Einkommen der Eltern und nach Alter der Kinder gestaffelt. Das kindliche Existenzminimum, also die Summe der für ein gutes Aufwachsen nötigen Kosten, muss dafür neu ermittelt werden.

Wichtig ist zudem, dass Leistungen zukünftig einfacher in Anspruch genommen werden können. Manche Unterstützungsangebote sind für Familien zu wenig bekannt, der Kinderzuschlag zum Beispiel wird bisher nur von einem Drittel der Berechtigten beantragt. Mittels Digitalisierung der Verwaltung soll der Zugang deutlich vereinfacht und automatisiert werden. Jedem Kind eine faire Chance auf eine gute Zukunft – die Kindergrundsicherung ist das größte soziale Projekt dieser Legislaturperiode.

Aber klar ist auch: Alle Betreuungs- und Bildungsangebote müssen weiter ausgebaut werden. **Gerechte Bildungschancen von Anfang an und eine deutliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf** bleiben unser Ziel. Mit mehreren Investitionsprogrammen haben wir die Länder bereits beim Ausbau der Kita-Plätze unterstützt. Die Qualität in der Kindertagesbetreuung konnten wir mit dem Kitaqualitätsgesetz weiter erhöhen. Im nächsten Schritt bauen wir dies mit einem bundesweiten Qualitätsentwicklungsgesetz weiter aus. Und auch den Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter treiben wir ebenfalls mit aller Kraft voran. Die zweiwöchige Freistellung des zweiten Elternteils nach der Geburt des Kindes führen wir ein und unterstützen damit die partnerschaftliche Aufteilung der Familienarbeit.

Kinder haben ganz eigene Bedürfnisse, die bei Entscheidungen angehört, mitgedacht und abgewogen werden müssen. Während der Corona-Pandemie haben wir gemerkt, dass Kinder und ihre Rechte viel zu schnell aus dem Blick geraten. Wir wollen die **Kinderrechte im Grundgesetz** ausdrücklich verankern. Die Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention sind für uns dabei entscheidend. Kinder und Jugendliche sind Subjekte und sollten in politische Entscheidungen mit einbezogen werden.

Wir wissen, dass junge Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und mitgestalten wollen. Dabei ist uns bewusst, dass Kinder- und Jugendpolitik in allen Bereichen mitgedacht werden muss und damit ein Querschnittsthema darstellt. Einen ersten Erfolg für eine bessere gesellschaftspolitische Teilhabe haben wir bereits erreicht: Bei der nächsten Europawahl 2024 wählen junge Bürger*innen ab 16 Jahren erstmals mit. In einem nächsten Schritt setzen wir uns dafür ein, das **Wahlalter 16** auch für die Bundestagswahlen einzuführen.

- **Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt mit einer Engagementstrategie stärken, der zunehmenden Einsamkeit begegnen und ein gutes Leben im Alter in den Blick nehmen.**

Ob im Sportverein, im Hospiz, im Naturschutzverein oder außerhalb von formalen Strukturen – rund 29 Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland und erfahren dabei Gemeinschaft, Solidarität und Mitbestimmung. Unsere Demokratie lebt von den Menschen, die sie tragen und aktiv mitgestalten. Die Einmischung, Eigeninitiative und Kreativität ist vielfältig und prägt unsere lebendige Zivilgesellschaft. Darum führen wir das erfolgreiche Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ fort und fördern die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt durch die Erhöhung ihrer finanziellen Mittel. Auch eine Weiterentwicklung der Förderrichtlinien u.a. in der internationalen Zusammenarbeit ist für uns unabdingbar. Vor allem aber erarbeiten wir zusammen mit allen Akteuren der Zivilgesellschaft eine **neue Engagementstrategie des Bundes**. Wir setzen uns außerdem für die Stärkung von Freiwilligendienstleistenden und einen Aufwuchs entsprechender Plätze ein.

Gleichzeitig sehen wir, dass sich viele Menschen immer mehr zurückziehen. Einsamkeit ist keineswegs nur ein Problem älterer Menschen. Gerade junge Menschen fühlen sich oft einsam und allein gelassen. Die Corona-Pandemie hat dieses Gefühl für viele noch verstärkt. Wer einsam ist, nimmt nicht am gesellschaftlichen Leben teil. Es ist unsere aller Aufgabe, **Einsamkeit stärker in den Blick** zu nehmen und Menschen dabei zu unterstützen, sie zu überwinden. Das neu gegründete Kompetenznetz Einsamkeit und die Erarbeitung einer Strategie gegen Einsamkeit sind wichtige Schritte, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Im Alter aktiv und selbstbestimmt zu leben, diesen Wunsch teilen alle Menschen. Und tatsächlich sind die meisten der heute 75Jährigen gesünder, leistungsfähiger und aktiver als vor 20 Jahren. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, ein möglichst gesundes Leben führen zu können, mit guten Gesundheits-, Pflege- und Präventionsangeboten vor Ort. Bei älteren Menschen oder solchen mit Behinderung müssen wir uns bewusst sein, dass ihre Möglichkeiten eingeschränkt sein können, aus eigener Kraft Hilfe zu suchen. Eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung ebenso wie aktive Kommunen und Nachbarschaften sind Grundvoraussetzungen, um auch ihnen ein erfülltes soziales Leben in unserer Gemeinschaft zu ermöglichen. Insbesondere in der häuslichen Pflege wollen wir **pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen gezielt entlasten**, denn die große Mehrheit der Pflegebedürftigen in Deutschland wird unter hohem persönlichem Einsatz von Freund*innen und Verwandten zu Hause versorgt.

- **Durch Zugehörigkeit und Integration unsere Gesellschaft stärken, mit einem Partizipationsgesetz und der Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.**

Mitwirkung stärkt Zugehörigkeit, Zugehörigkeit stärkt unsere Gesellschaft. Für eine bessere Teilhabe von Einwander*innen und Geflüchteten in unserem Land setzen wir auf Integration von Anfang an. Deshalb haben wir bereits den Zugang zu

Integrationskursen erweitert. Menschen mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte sollen ihre Erfahrungen besser einbringen können. Das wollen wir mit einer **Partizipationsgesetzgebung** unterstützen, die die Teilhabe aller hier lebenden Menschen aktiv fördert. Wir wollen, dass wichtige Entscheidungen nicht über die Menschen, sondern mit und von ihnen gefällt werden. Ein zivilgesellschaftlicher Partizipationsrat soll dabei beraten und mitgestalten.

Ein Einwanderungsland, das zusammen hält, lebt von Austausch, Dialog und Respekt. Respekt heißt auch für alle Menschen ein Recht auf Nichtdiskriminierung. Wenn zum Beispiel allein ein Nachname die Chancen auf Wohnung oder Ausbildungsplatz schmälert, dann geht es ungerecht zu. Menschen im gesellschaftlichen Leben Zugänge zu verweigern, sie herabzuwürdigen und sie in ihren Chancen zu beschneiden, ist Gift für unser Gemeinwesen. Appelle allein helfen hier nicht. Deshalb werden wir **das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) reformieren**. Wir wollen den Anwendungsbereich des AGG auch auf staatliches Handeln ausbauen, Lücken schließen und seine Regelungen wirksamer ausgestalten.

- **Deutschland für Arbeitskräfte als modernes Einwanderungsland attraktiv machen, durch ein Update des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und ein zeitgemäßes Staatsbürgerschaftsrecht.**

Zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft gehört ein modernes Einwanderungsrecht, das um Talente wirbt und den Anforderungen einer globalisierten Welt gerecht wird. Die Interessen der Migrant*innen, der Herkunftsstaaten und Deutschlands müssen in Einklang gebracht werden. Ob in Handwerk, Industrie oder bei Dienstleistungen: Überall fehlen Fach- und Arbeitskräfte. Wir brauchen insgesamt deutlich mehr Einwanderung von Arbeitskräften. Das heißt, wir müssen uns aktiv um Menschen bemühen, um uns im internationalen Wettbewerb um Arbeitskräfte zu bewähren. Dafür reformieren wir das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz**: Arbeitskräfte aus dem Ausland sollen sich breiter auf dem Arbeitsmarkt bewerben können. Die Berufserfahrung aus dem Ausland wird besser berücksichtigt und die Anerkennung von Qualifikationen erleichtert. Wir führen eine Chancen-Karte ein, mit der Menschen zur Arbeitsplatzsuche zu uns kommen können. Es gilt Migrant*innen das Ankommen zu erleichtern, indem wir Einwanderung familienfreundlich und transparent gestalten, bürokratische Hürden abbauen sowie Integration und Willkommenskultur nachhaltig fördern.

Menschen die bereits hier sind und einen Beitrag für diese Gesellschaft leisten wollen, brauchen Chancen durch Ausbildung und Arbeit, statt Abschiebungen. Viele sind langjährig aus vielfältigen Gründen geduldet und der Großteil ist im erwerbsfähigen Alter. Wir geben Menschen mit Duldungen eine Perspektive - wir werden die Ausbildungsduldung in eine Aufenthaltserlaubnis umwandeln, die Beschäftigungsduldung verbessern und Arbeitsverbote abschaffen.

Für Gleichheit, Teilhabe und Zugehörigkeit stärken wir den Zusammenhalt in unserer vielfältigen Demokratie - dafür braucht es **ein zeitgemäßes Staatsangehörigkeitsrecht**. Wir werden Einbürgerungen endlich den Lebensrealitäten vieler Menschen in Deutschland anpassen. Wer hier dauerhaft lebt, wird nach fünf Jahren und bei besonderen Integrationsleistungen bereits nach drei Jahren auch mitbestimmen, wählen und das gesellschaftliche Zusammenleben gleichberechtigt mitgestalten können. Der Anspruch auf Einbürgerung wird daher zuverlässig gestaltet – interpretationsoffene und ausgrenzende Hürden, sowie unnötig hohe wirtschaftliche Voraussetzungen werden beseitigt. Wir vollziehen gesetzlich nach, dass Mehrstaatigkeit in der globalisierten Welt für viele Menschen längst Normalität ist. Eine ausdrückliche Einladung erleichterter Einbürgerung gibt es speziell für die „Gastarbeiter*innen“-Generation, die unser gemeinsames Land mit aufgebaut hat und deren Lebensleistung damit endlich gewürdigt wird.

Der Einsatz für soziale Sicherung sowie faire Löhne und faire Arbeit weltweit aber auch bessere Rahmenbedingungen für zirkuläre Migration und Mobilität sollen dazu beitragen, dass es keine einseitigen brain drain Effekte gibt.

- **Geflüchtete schützen durch europäische Solidarität und Unterstützung der Aufnahmestrukturen vor Ort**

Viele Menschen auf der Flucht kommen weiterhin aus Kriegsländern wie der Ukraine, Afghanistan oder Syrien – es ist unsere menschenrechtliche Verpflichtung ihnen Schutz zu gewähren. Die EU darf sich nicht abschotten: Im Gegenteil, die Antwort ist europäische Solidarität. Das bedeutet Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen zu unterstützen und den Zugang zu **individuellen und rechtsstaatlichen Asylverfahren, menschenwürdiger Unterbringung und Sozialleistungen sicherzustellen**. Wir garantieren die Möglichkeit zur Asylantragstellung und vollumfänglichen inhaltlichen Prüfung der Asylanträge innerhalb der EU. Wer in seiner Heimat einer Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt ist, darf nicht abgeschoben werden. Grenzverfahren lehnen wir angesichts unzureichendem Rechtsschutz, drohender mangelhafter Versorgungsstandards und Haft ab. Es braucht ein Menschenrechtsmonitoring an den Außengrenzen und parlamentarische Kontrolle von EU-Agenturen sowie konsequentes Eingreifen der EU-Kommission gegenüber Mitgliedstaaten. Die Gestaltung europäischer Asyl- und Migrationspolitik erfolgt auf Augenhöhe mit Partnerstaaten. Dazu schaffen wir sichere und legale Wege zur Migration und Flucht.

Die **Versorgung und Unterbringung** stellt die Kommunen vor große Herausforderungen, und gemeinsam mit dem Bund und den Ländern haben sie im vergangenen Jahr viel geschafft. Die Kommunen können sich auf Unterstützung vom Bund verlassen. Der Flüchtlingsgipfel war ein wichtiges Signal – eine enge Zusammenarbeit muss fortgesetzt werden. Wir brauchen eine Integrationsoffensive und die Erweiterung des Familiennachzugs. Beides muss als Kernbestandteil des Migrationspakets zügig auf den Weg gebracht werden.

- **Mit einem Demokratiefördergesetz diejenigen stärken, die unsere Demokratie stark machen, und durch Extremismusprävention die Angriffe auf unseren Zusammenhalt verhindern.**

Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen zersetzen unsere Gemeinschaft. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv entgegenzutreten ist in einem demokratischen Gemeinwesen Daueraufgabe aller staatlichen Institutionen. Viele Menschen engagieren sich in Initiativen, Verbänden und Netzwerken für die Demokratie. Ihre Arbeit werden wir mit einem **Demokratiefördergesetz** auf eine verlässliche Basis stellen. Nachhaltig gefördert werden damit die Vermittlung demokratischer Grundwerte, die Stärkung demokratischer Strukturen, vorausschauende Extremismusprävention, Vielfaltsgestaltung und die Unterstützung von Menschen, die von Hasskriminalität bedroht sind. Bürgerschaftlich Engagierte wollen wir besser vor Hass und Anfeindungen schützen. Es kann nicht sein, dass beispielsweise Lokalpolitiker*innen oder andere engagierte Menschen in Angst leben müssen, dass es Sachbeschädigungen, Bedrohungen oder einschüchternde Auftritte vor ihren Privatwohnungen gibt. Für sie alle wollen wir die Möglichkeit verbessern, Auskunftssperren im Melderegister zu erwirken.

Wir wollen die **Präventionsarbeit** voranbringen, um die Innere Sicherheit zu stärken und unsere Demokratie zu schützen. Bestenfalls gleiten Menschen gar nicht erst in menschenverachtende, Gewalt propagierende Ideologien ab, oder werden in ihrer Radikalisierung zumindest frühzeitig unterbrochen. Das gilt für Rechtsextremismus wie für Islamismus oder Verschwörungsideologien. Den Kampf gegen, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit, Sexismus, Queerfeindlichkeit und Behindertenfeindlichkeit sowie gegen alle weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden wir entschlossen und nachhaltig führen.

- **Den Schutz von Frauen vor Gewalt mit einer verlässlichen Finanzierung von Frauenhäusern und einem bundeseinheitlichen Gesetzesrahmen gewährleisten.**

Die Gleichstellung der Geschlechter ist Grundlage einer gleichberechtigten Gesellschaft, in der alle gesehen werden. Wir setzen uns für ein diskriminierungsfreies, selbstbestimmtes Leben ein. Wir wollen partnerschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Unabhängigkeit mit Blick auf alle Familienformen stärken. Dafür wollen wir die **Steuerklassen reformieren und das Entgelttransparenzgesetz weiterentwickeln**. Mit dem zweiten Führungspositionengesetz werden wir den Anteil von Frauen in Führungspositionen im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft weiter erhöhen.

Eine Gesellschaft, die zusammenhält, schützt ihre Mitglieder. Die strukturelle Diskriminierung von und Gewalt gegen Frauen können wir nicht dulden. Es ist kein individuelles, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Darum entwickeln wir eine politische **Strategie gegen Gewalt**, die Prävention und die Rechte der Betroffenen in den Mittelpunkt stellt. Bund und Länder sind gemeinsam in der Verantwortung, erste Erfolge sind sichtbar: Die Unabhängige Berichterstattungsstelle

für geschlechtsspezifische Gewalt und die Staatliche Koordinierungsstelle haben ihre Arbeit aufgenommen. Die Istanbul-Konvention wurde endlich vollständig angenommen.

Gewaltbetroffene Frauen haben Anrecht auf Hilfe und Schutz, unabhängig davon, wo sie wohnen, welches Einkommen oder welchen Aufenthaltsstatus sie haben. In einer akuten Situation müssen sie Zugang zu einer Schutzeinrichtung erhalten, das bieten seit über 40 Jahren die Frauenhäuser. Diese **Schutzangebote** wollen wir endlich **ausreichend und verlässlich finanzieren**. Als Bund wollen wir das gemeinsam mit den Ländern gewährleisten, mit einem bundeseinheitlichen Rechtsrahmen. Hierzu arbeitet auch der Runde Tisch "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" von Bund, Ländern und Kommunen. Die Bedarfe vulnerabler Gruppen wie Frauen mit Behinderung oder geflüchteter Frauen sowie queerer Menschen sollen besonders berücksichtigt werden. Auch braucht es eine bedarfsgerechte Unterstützung und Zufluchtsräume für männliche Opfer von Partnerschaftsgewalt.

- **Damit LSBTIQ*-Personen und Regenbogenfamilien frei und selbstbestimmt leben können: mit einem Selbstbestimmungsgesetz und der Modernisierung des Familienrechts Zusammenhalt schaffen und durch den ersten Aktionsplan „Queer Leben“ Akzeptanz fördern.**

Der Umgang mit den Rechten von LSBTIQ* ist ein Gradmesser für Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit. Nicht von ungefähr gehört queerfeindliche Hetze zum Standardrepertoire von Demokratiefeind*innen und Verschwörungsideolog*innen. Umso mehr muss eine Demokratie aktiv für Zusammenhalt und gegen Ausgrenzung wirken. Mit dem beschlossenen bundesweiten **Aktionsplan „Queer Leben“** fördern wir Akzeptanz, gestalten Vielfalt und wirken Vorurteilen, Diskriminierung und Hass entgegen.

Transgeschlechtliche, intersexuelle und nicht-binäre Menschen sind vielfach Hetze und gewaltsamen Angriffen ausgesetzt. Das Versprechen des Grundgesetzes auf Menschenwürde und Selbstbestimmung muss endlich auch für sie eingelöst werden. 2023 bringen wir das **Selbstbestimmungsgesetz** auf den Weg. Fremdbestimmung, Zwangsbegutachtungen und unwürdige Befragungen haben damit ein Ende. Wie die „Ehe für alle“ wird das Selbstbestimmungsgesetz ein Gewinn für die ganze Gesellschaft, denn es holt Menschen in unsere Mitte.

Familie steht für Zusammenhalt. Das **Familienrecht** werden wir modernisieren, damit es der gesellschaftlichen Wirklichkeit gerecht wird. Wichtige Punkte sind dabei: **Kinder in Regenbogenfamilien** werden wir gleichstellen und endlich ihre Diskriminierung beenden. So muss ein Kind, das in eine lesbische Beziehung geboren wird, von Anfang automatisch zwei rechtliche Mütter haben können. Gleiches soll auch für Eltern mit diversem Geschlechtseintrag gelten. **Soziale Elternschaft** werden wir rechtlich stärken, ebenso die Möglichkeiten von Vereinbarungen zu rechtlicher Elternschaft, elterlicher Sorge, Umgangsrecht und Unterhalt ausbauen. Auch wollen wir ein neues Rechtsinstitut der Verantwortungsgemeinschaft einführen.

- **Innere Einheit vollenden – Für eine neue Gemeinsamkeit in Ost und West.**

Auch mehr als 30 Jahre nach der deutschen Einheit ist die innere Einheit unvollendet, sind Unterschiede zwischen Ost und West deutlich sichtbar. Viel zu oft haben wir versäumt, uns gegenseitig zuzuhören, unterschiedliche Erfahrungen, Perspektiven und Biographien anzuerkennen und wertzuschätzen. Wir brauchen für die Aufarbeitung von ost- und westdeutscher Sichtweisen Diskursorte und -räume. Der **Campus der Demokratie** oder das in Halle entstehende **Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation** werden solche Orte sein.

Fokus des Zusammenwachsens muss immer wieder echte **Chancengerechtigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland** sein. Nach wie vor sind die Durchschnittslöhne im Osten niedriger, sind mehr Menschen dauerhaft arm und arbeiten mehr Menschen im Niedriglohnsektor. Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro war ein wichtiger Schritt. Jetzt gilt es, die Tarifbindung weiter zu stärken. Soziale Härten und unbeabsichtigte Ungleichbehandlungen der Rentenüberleitung wollen wir begegnen. Die Unterstützung für Opfer des SED-Unrechtsregimes werden wir ausbauen, unter anderem mit einem bundesweiten Härtefallfonds. Auch finden wir noch immer zu wenig Ostdeutsche in den Führungspositionen von Wirtschaft, Hochschulen, Gerichten und in Verwaltungen. Deshalb bleibt es Ziel, die Repräsentation Ostdeutscher in Führungsgremien von Politik und Gesellschaft weiter zu verbessern.

Ein Kohleausstieg 2030 auch im Osten geht mit großen Chancen für die Region einher, wenn wir den **Strukturwandel aktiv gestalten**. Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben hochqualifizierte Fachkräfte und enorme Standortvorteile für die Ansiedelung von grünen Zukunftstechnologien. Eine entschlossene Politik kann ein riesiges Wachstumspotential in der Region entfalten. Wir wollen diese Chance ergreifen, gemeinsam mit Beschäftigten, Unternehmen, Kommunen und mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

Die massiven und alle Lebensbereiche durchziehenden Veränderungen in Ostdeutschland haben den Menschen viel Flexibilität und Anpassungsfähigkeit abgerungen. Viele Biographien Ostdeutscher spiegeln dieses Auf und Ab, Bruch und Neuanfang wieder. Die Erfahrungen der Vergeblichkeit, der Abwertung und Ohnmacht, aber auch der Stolz auf Erreichtes – sie zu verstehen und vorbehaltlos anzuerkennen sind Voraussetzung für eine neue Gemeinsamkeit, auf Augenhöhe. Aus ihr kann eine Resilienz erwachsen, die unser gesamtes Land für zukünftige Wege stärkt.